

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt**

- (A) ren Wahlgängen auch, jeweils Ihre Wahlausweise. Auch hier gilt wieder: Bevor Sie die entsprechende Stimmkarte in eine der Wahlurnen werfen, übergeben Sie bitte Ihren dazugehörigen Wahlausweis einem der Schriftführer an den Wahlurnen. Der Nachweis der Teilnahme an der Wahl kann nur durch Abgabe des Wahlausweises erbracht werden. Auch diese Wahlen finden offen statt. Sie können also die Stimmkarten auch an Ihrem Platz ankreuzen.

Zunächst kommen wir zum Tagesordnungspunkt 8 k und damit zum Vertrauensgremium gemäß § 10 a Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung. Bevor wir die Mitglieder wählen, rufe ich den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der Linken und des Bündnisses 90/Die Grünen auf Drucksache 17/230 zur Einsetzung dieses Gremiums und zur Festlegung der Anzahl der Mitglieder auf. Wer stimmt für den Antrag? – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist damit einstimmig angenommen. Das Vertrauensgremium ist damit eingesetzt und die Mitgliederzahl auf zehn festgelegt.

Nun kommen wir zur Wahl der Mitglieder des Vertrauensgremiums. Für diese Wahl brauchen Sie nun den gelben Wahlausweis und die gelbe Stimmkarte, über die vorhin gesprochen wurde. Sie können zehn Namensvorschläge ankreuzen. Ungültig sind Stimmkarten, die andere Namen oder Zusätze enthalten. Wer sich der Stimme enthalten will, macht keine Eintragung. Das gilt auch für die im Anschluss folgende Wahl.

- (B) Nun bitte ich die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Plätze einzunehmen. – Das ist erfolgt. Dann eröffne ich die Wahl. –

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimmkarte nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich diese Wahl und bitte, auszuzählen. Das Ergebnis wird Ihnen auch hier später bekanntgegeben.<sup>1)</sup>

Wir kommen schließlich zum Tagesordnungspunkt 8 l, zunächst zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der Linken und des Bündnisses 90/Die Grünen zur Einsetzung des Gremiums und zur Festlegung der Anzahl der Mitglieder. Wir stimmen nun über den gemeinsamen Antrag auf Drucksache 17/232 ab. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen des ganzen Hauses angenommen. Damit ist das Gremium gemäß § 3 des Bundesschuldenwesengesetzes eingesetzt und die Mitgliederzahl auf zehn festgelegt.

Für die Wahl der Mitglieder benötigen Sie nun die weiße Stimmkarte und Ihren weißen Wahlausweis. Auf der Stimmkarte können Sie zehn Namensvorschläge ankreuzen. Ich bitte nun die Schriftführer, zu diesem letzten Wahlgang die Plätze an den Urnen einzunehmen. – Wie mir signalisiert wird, ist das geschehen. Dann eröffne ich die Wahl.

<sup>1)</sup> Ergebnis Seite 991 B

Hat nun jeder Kollege und jede Kollegin seine bzw. ihre Stimmkarte abgegeben? – Das ist der Fall. Dann schließe ich auch diese Wahl und bitte, auszuzählen. Die Ergebnisse aller Wahlen werden Ihnen dann später bekannt gegeben. (C)

Ich bitte diejenigen, die der weiteren Debatte nicht folgen wollen oder können, ihre Gespräche außerhalb des Plenarsaals fortzuführen.

Ich rufe den Zusatzpunkt 7 auf:

**Aktuelle Stunde**

auf Verlangen der Fraktion der SPD

**Haltung der Bundesregierung zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer**

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner das Wort dem Kollegen Joachim Poß für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Joachim Poß (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Bundeskanzlerin hat sich heute Morgen in ihrer Regierungserklärung zur internationalen Finanztransaktionssteuer bekannt.

(Beifall der Abg. Mechthild Rawert [SPD])

Das ist löblich; denn diese Steuer muss ein Kernelement der Maßnahmen zur Herstellung von mehr Stabilität auf den Finanzmärkten sein. Eine internationale Transaktionssteuer ist ein wirksames Mittel, um die von der Realwirtschaft völlig losgelösten Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten spürbar einzudämmen. (D)

Aber ist die Bundesregierung in diesem entscheidenden Punkt zur Abwehr zukünftiger Krisen auf den Finanzmärkten wirklich handlungsfähig und auch handlungswillig?

(Dr. Michael Meister [CDU/CSU]: Ja!)

Zieht in Zukunft die ganze Bundesregierung wirklich an einem Strang, oder bleibt es bei der Zerstrittenheit der vergangenen Woche? Die Frau Bundeskanzlerin spricht sich für diese Steuer aus, die Herren Minister Westerwelle und Niebel bekunden ihre Ablehnung. Im Ergebnis geschieht überhaupt nichts. Das ist typisch für diese Regierung. Genau das darf nicht passieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir wollen heute von Ihnen ein klares Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer hören, ein Bekenntnis nicht nur der Kanzlerin, sondern auch des Koalitionspartners FDP. Aber das ist wohl kaum zu erwarten.

(Beifall bei der SPD – Frank Schäffler [FDP]: Die hätten Sie doch längst einführen können!)

– Ihr neuer Generalsekretär hat eine solche Steuer ja erst gestern als antiquiertes Denken abgetan. Ohne ein klares Bekenntnis der gesamten Koalition sind die schönen

**Joachim Poß**

- (A) Worte von Frau Merkel von heute Morgen aber leider wieder einmal herzlich wenig wert.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben damit schon in der Großen Koalition Erfahrungen gemacht.

Diese Worte sind genauso wenig wert wie ihre dauernden Mahnungen in Sachen Bankerboni, denen man regelmäßig die Ablehnung konkreter Maßnahmen folgen lässt, zuletzt bezogen auf eine Bonusabgabe, wie sie in Großbritannien vorgesehen ist. Das Bekenntnis der Bundeskanzlerin zu dieser Steuer ersetzt doch nicht konkrete Maßnahmen gegen den Bonuswahnsinn. Mit ihren Statements hat sie diesen Eindruck nämlich erweckt.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Sie kapieren es nicht!)

Das kann man doch nicht gegeneinander ausspielen und sagen: Gegen die Boni brauche ich nichts zu tun, weil ich für die Transaktionsteuer bin. Nein, wir brauchen ein ganzes Bündel von Maßnahmen, das gezielt gegen sämtliche Ursachen der Finanzkrise wirkt.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten haben bereits am Jahresanfang in einem 14-Punkte-Katalog von Herrn Steinbrück und Herrn Steinmeier skizziert, wie ein solch umfassender Ansatz aussehen könnte. Die Finanztransaktionssteuer und klare Begrenzungen für Bonuszahlungen gehören dazu, reichen aber nicht aus.

(B)

Die Bundesregierung muss endlich begreifen, dass ein Versagen der Politik im Umgang mit der Finanzkrise, mit ihren Ursachen und Folgen nicht nur eine ökonomische Dimension hat, sondern eine reale Gefahr für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und für die Akzeptanz unserer Demokratie bedeutet. Das hat nicht nur einen moralischen Aspekt, wie Frau Merkel heute sagte. Diesen Aspekt mag das auch haben, aber der soziale Zusammenhalt, der eh schon brüchig ist – das sieht man, wenn man ganz kritisch darauf schaut –, wird durch Meldungen wie die, die wir in den letzten Tagen erhalten haben, weiter untergraben: Es wurden noch einmal 3 Milliarden Euro Steuergelder in die balkanesischen Abenteuer der Bayern LB versenkt, und am nächsten Tag hat Herr Ackermann das Gewinnziel für seine Bank mit 10 Milliarden Euro angegeben, von denen die eine oder andere Milliarde selbstverständlich in den Bonustöpfen seiner Börsenhändler landen wird. Das ist einfach unerträglich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen hier nicht zündeln, ganz im Gegenteil. Das hält unsere Gesellschaft auf Dauer nicht aus, und das müssen alle politischen Akteure in diesem Hause endlich kapieren.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

(C)

Nächster Redner ist der Kollege Leo Dautzenberg für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Leo Dautzenberg (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Poß, obwohl Sie hier konstatieren, dass Sie nicht zündeln wollen, hat die Opposition die Lunte bei diesem Thema doch schon längst angesteckt.

(Joachim Poß [SPD]: Wir haben die Frage doch gemeinsam in der Großen Koalition behandelt!)

– Das wollte ich gerade in Erinnerung bringen. Sie distanzieren sich teilweise von dem, was wir in der Großen Koalition gemeinsam auf den Weg gebracht haben.

(Joachim Poß [SPD]: Überhaupt nicht! Das ist der erste Schritt! Wir wollten ja mehr!)

Das muss natürlich in einer gewissen Kontinuität stehen. Man darf Sie durchaus daran erinnern, was wir gemeinsam erfolgreich auf den Weg gebracht haben:

(Joachim Poß [SPD]: Dazu stehen wir auch!)

Finanzmarktstabilisierungsgesetz, -ergänzungsgesetz und -fortentwicklungsgesetz. Das waren Reaktionen auf die Finanzkrise. Wir haben einen Rahmen für die Institute geschaffen, um die soziale Marktwirtschaft in Deutschland erhalten zu können.

(D)

Es bringt nichts, wenn Sie jetzt in diesem forschen Stil Dinge interpretieren, die die Kanzlerin heute Morgen in ihrer Regierungserklärung, aber auch durch ihr Verhalten auf den Gipfeln nicht zum Ausdruck gebracht hat.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn sie nichts sagt, muss man interpretieren!)

Wenn ich noch einmal zitieren darf, was der Europäische Rat beschlossen hat:

Der Europäische Rat fordert den IWF auf, bei seiner Überprüfung die gesamte Bandbreite von Optionen einschließlich Versicherungsprämien, Abwicklungsfonds, Vereinbarungen über bedingtes Kapital ... sowie eine globale Steuer auf Finanztransaktionen in Betracht zu ziehen.

Wir haben also mehrere Optionen. Es ist nicht so, wie Sie unterstellen, dass dies schon das Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer ist.

(Nicolette Kressl [SPD]: Aber keine Ablehnung! – Joachim Poß [SPD]: Ach? Was hat die Kanzlerin denn heute Morgen gesagt?)

Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen. Das ist eine von vielen Möglichkeiten.